

20. 6. 2013



RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Hackl, Waldhäusl und Ing. Schulz

zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2014,
LT-43/V-1-2013

betreffend **Schiefergasbohrungen**

Auf Initiative des NÖ Landtages am 23. Februar 2012 wurde in der Folge vom Nationalrat eine Änderung des UVP-Gesetzes beschlossen, sodass nunmehr, unabhängig von Schwellenwerten oder Verfahrensmodalitäten, eine Umweltverträglichkeitsprüfung für die Förderung von Schiefergas bzw. Schiefergasbohrungen durchgeführt werden muss, da derzeit eine Umweltschädigung und Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann.

Gerade aufgrund dieser Gesetzgebung hat es bisher in Niederösterreich keine Probebohrungen betreffend Schiefergasförderungen gegeben. Weiters ist darauf hinzuweisen, dass die OMV offiziell ihr Vorhaben, nach Schiefergas zu bohren, zurückgezogen hat.

Die europäische Ebene setzt weiterhin auf die Förderung unkonventionellen Gases in Europa, das mittels sogenanntem Schiefergas Fracking gewonnen wird, um die Importabhängigkeit der Europäischen Union zu verringern. Vielmehr sind die Nutzbarmachung Erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz zu steigern. Nicht zuletzt ist auch die Einsparung von Energie ein wesentliches Thema.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf hinzuwirken, dass

- sie auf europäischer und internationaler Ebene gegen die Gewinnung von unkonventionellem Gas (sog. Schiefergas Fracking) auftritt und
- solange die Gefahr besteht, dass durch das sogenannte Fracking die Gesundheit der Menschen und die Umwelt beeinträchtigt werden kann, ein Verbot von Schiefergas Fracking in Österreich eingeführt wird.“